

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: CO₂-Steuer- Energiemarkt - USA - Rußland - ASEM-Gipfel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1996) : Kurz kommentiert: CO₂-Steuer- Energiemarkt - USA - Rußland - ASEM-Gipfel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 76, Iss. 3, pp. 109-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137330>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

CO₂-Steuer

Vorreiterrolle Deutschlands?

Das Thema „Ökologische Steuerreform“ wird im Gutachten des Umweltrates erneut diskutiert. Hinter dieser Reform verbirgt sich im wesentlichen die Einführung einer Energiesteuer. Der Rat spricht sich ausdrücklich für eine Vorreiterrolle Deutschlands aus, um die Bereitschaft zu demonstrieren, die CO₂-Emissionen, wie EU-weit beschlossen, auch tatsächlich zu reduzieren.

Spätestens die Konferenz in Rio hat gezeigt, wie dringend notwendig weltweite Maßnahmen zur CO₂-Reduzierung aus ökologischer Sicht sind. Daß es in dieser Richtung trotzdem nur schleppend vorangeht, liegt nicht zuletzt daran, daß die einzelnen Länder vor den Gefahren einer Vorreiterrolle zurückschrecken. Eine in bezug auf die CO₂-Emissionen wirkungsvolle Steuer muß relativ hoch sein. Das jeweilige Land muß, solange die übrigen Staaten noch nicht nachziehen, trotz Kompensation der Steuer Standortnachteile bei energieintensiven Branchen hinnehmen. Es besteht dann die Gefahr eines ökonomisch schädlichen Strukturwandels, von dem zudem kaum eine ökologische Wirkung ausgeht, da z.B. Deutschland nur etwa 1% des weltweiten CO₂-Ausstoßes emittiert und mit Produktionsverlagerungen auch Emissionen verbunden sind.

Die Vorreiterrolle bietet allerdings auch Vorteile, wenn Vorsprungsgewinne realisiert werden und den Unternehmen längere Anpassungsphasen eingeräumt werden können. Insgesamt ist der Zeitpunkt des Beendens der Vorreiterrolle, also des Nachziehens der übrigen Länder, entscheidend. Wird dieser kurz- bis mittelfristig erwartet, so wäre ein Einstieg in die Steuer mit moderaten Anfangssätzen jetzt sinnvoll. Anderenfalls müßte man wohl zunächst noch davon Abstand nehmen und bei den übrigen Ländern erst einmal weitere Überzeugungsarbeit leisten. cw

Energiemarkt

Alleingang des Kartellamts

Ende Februar hat das Bundeskartellamt einen erneuten Versuch gestartet, die Liberalisierung der Märkte für leitungsgebundene Energien voranzutreiben. Mit der Untersagung eines Konzessionsvertrages zwischen dem Stromanbieter RWE und der Stadt Nordhorn, der RWE die alleinige Stromversorgung zusi-

chert, soll ein weiteres Musterverfahren auf den Instanzenweg bis zum Bundesgerichtshof gebracht werden.

Die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte steht seit vielen Jahren auf der Tagesordnung der Politik in Deutschland und Europa, ohne daß es nennenswerte Fortschritte gäbe. In der Europäischen Union mit ihren gewachsenen, sehr unterschiedlich strukturierten nationalen Energieversorgungssystemen wurde ein Kompromiß der Energieminister zuletzt vor allem dadurch verhindert, daß Frankreich auf einem nationalen Stromeinkaufsmonopol beharrt. Bei der EG-Kommission wird schon mit der Möglichkeit gerechnet, daß das Liberalisierungsvorhaben nach einem für Mai angesetzten „letzten“ Einigungstermin endgültig zu den Akten gelegt werden muß.

In Deutschland beruft sich die Energiewirtschaft bei der Verteidigung ihrer Gebietsmonopole im Bereich der leitungsgebundenen Energien stets auf die geltenden Ausnahmeregelungen des Wettbewerbsrechts. Eine Abschaffung dieser Privilegien wäre durch Änderung des betreffenden Paragraphen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zu erreichen. Dazu fehlen aber offensichtlich die politischen Mehrheiten. Solange der Gesetzgeber die „natürlichen“ Monopole nicht antastet, bleibt den Wettbewerbshütern nur der mühevolle Weg, mit Hilfe von Einzelfallentscheidungen den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten zu intensivieren. Ob der Alleingang des Kartellamts zum gewünschten Erfolg führt, ist ungewiß. Auf jeden Fall ist er gegenwärtig ohne Alternative. ma

USA

Nachahmenswerter Erfolg

Die Zahl der Beschäftigten in den USA stieg von Januar auf Februar saisonbereinigt um 700 000; das ist ein Zuwachs um 0,6%. Dieser Anstieg geht zwar größtenteils auf Sonderfaktoren zurück, er ist aber ein Indiz dafür, daß die Schaffung von Arbeitsplätzen weit besser funktioniert als in Deutschland. Über einen längeren Zeitraum – seit 1991 – wuchs die Beschäftigtenzahl jährlich um fast 2%, und die Arbeitslosenquote sank um zwei Prozentpunkte auf zuletzt 5,5%; ein solch niedriger Stand erscheint in Deutschland auf absehbare Zeit nicht erreichbar.

Eine der vielfältigen Ursachen für den Beschäftigungserfolg in den USA ist die Lohnpolitik. Die Löhne werden meist dezentral in den Unternehmen ausgehandelt, und sie können auf Veränderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften flexibel reagieren. Der Anstieg der Löhne war insgesamt moderat und auch

nach fünfjährigem Aufschwung nur wenig höher als der der Produktivität. Real lag er jährlich bei knapp 1%. Die Entgelte sind relativ stark nach Branchen, Regionen und Qualifikationen differenziert; für niedrige Qualifikationen mit nicht so guten Beschäftigungschancen dürften sie weiter gesunken sein.

Um mehr Arbeitsplätze und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit auch bei uns zu erreichen, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen nötig. Unumgänglich ist dabei eine moderate Lohnpolitik. Die hohen Forderungen der diesjährigen Lohnrunde sind weiterhin zu sehr auf „Insider“ konzentriert und berücksichtigen die aktuelle Arbeitsmarktlage zu wenig. Unter Beschäftigungsaspekten sollte der Lohnzuwachs hier sogar unter dem der Produktivität liegen, und das über mehrere Jahre. Erforderlich sind auch Schritte zur Flexibilisierung der starren Flächentarifverträge, etwa Öffnungsklauseln für Betriebsvereinbarungen. Im Hinblick auf Arbeitsplätze für niedrig Qualifizierte ist der Abschied von Sockellohnerhöhungen überfällig. sp

Rußland

Weiterer IWF-Kredit

Die monatelangen Verhandlungen über einen weiteren Kredit des Internationalen Währungsfonds an Rußland sind abgeschlossen: Im Rahmen der sogenannten „Erweiterten Fondsfazilität“ wird Rußland auf drei Jahre verteilt einen Kredit in Höhe von insgesamt 10,2 Mrd. \$ erhalten. An die Kreditzusage ist die Bedingung geknüpft, daß die Wirtschaftsreformen fortgeführt werden. Rußland verpflichtet sich, die monatliche Inflationsrate von gegenwärtig 4% bis zum Ende des Jahres auf 1% zu senken. Das Budgetdefizit darf im laufenden Jahr nicht mehr als 4% des Bruttoinlandprodukts betragen und soll in den beiden folgenden Jahren auf 3% bzw. 2% gesenkt werden. Die Privatisierung der Staatsbetriebe und die Reform des Bankensystems sind zu beschleunigen. Gefordert wird außerdem eine Reform des ineffizienten Steuersystems. Hart umkämpft war die vom IWF verlangte Abschaffung der Exportzölle auf Erdgas und Erdöl, die nunmehr zum 15. März und 1. Juli diesen Jahres vollzogen werden soll, wobei der Einnahmeausfall vermutlich durch erhöhte Verbrauchsteuern ausgeglichen wird.

Der Kredit wurde gewährt, obwohl schon jetzt einiges darauf hindeutet, daß die vom IWF geforderten Bedingungen nicht erfüllt werden können. Seine Bedeutung für Rußland ist groß: Im laufenden Budget

Rußlands, dessen Einnahmen aufgrund ausgebliebener Steuerzahlungen bereits jetzt den Planungen hinterherhinken, sind 3 Mrd. \$ aus der Kreditsumme fest eingeplant. Auch hängt von der Bereitschaft des IWF, den Reformkurs der russischen Regierung zu unterstützen, nicht zuletzt der Abschluß eines Umschuldungsabkommens mit den westlichen Gläubigern ab, der als eine der Voraussetzungen für den von Rußland angestrebten Gang an die internationalen Finanzmärkte gilt. Die Anfang März prompt erfolgte Zusage deutscher Banken, Rußland Kredite in Höhe von insgesamt 4 Mrd. DM zu gewähren, ist, ebenso wie die folgende Kreditvergabe durch französische Banken, in unmittelbarem Zusammenhang mit den IWF-Vereinbarungen zu sehen. sr

ASEM-Gipfel

Schwierige Beziehungen

Das Gipfeltreffen einiger asiatischer und europäischer Staaten in Bangkok ist für die schwierigen Beziehungen der beiden Regionen symptomatisch. Zunächst war der Teilnehmerkreis alles andere als umfassend - die Länder Südasiens wie auch Taiwan wurden explizit ausgeschlossen, und auf der europäischen Seite fehlten die Nicht-EU-Staaten. Außerdem wurde die Agenda von asiatischer Seite bewußt eng angelegt - Menschenrechts- und Umweltfragen waren nicht genehm. Um die Wirtschaftsbeziehungen mit der Boomregion Südostasien nicht zu gefährden, stimmten die EU-Regierungschefs dieser Einschränkung zu.

Trotz dieser krampfhaft wirkenden Bemühungen um Harmonie brachte die Abschlusserklärung des Gipfels keine substantiellen Ergebnisse etwa im Handelsbereich. Eine gemeinsame Position für die WTO-Ministertagung im Dezember in Singapur soll erst „sondiert“ werden. Die Abschlusserklärung umfaßt ein Sammelsurium unzusammenhängender Einzelmaßnahmen und reicht von der Durchführung eines Investitionsseminars bis hin zur Gründung eines Zentrums für Umwelttechnologie. Einzelne dieser Maßnahmen wie der verstärkte Austausch von Studenten und Hochschullehrern sind sicher gut gemeint; fraglich ist jedoch, ob die Dominanz der USA auf diesem Gebiet gebrochen werden kann. Das Gipfeltreffen kann also nur als erster Schritt auf einem langen Weg zu mehr Kooperation gesehen werden. Dabei stellt sich die Frage, ob die europäischen Staaten Grundsätze humanitärer Politik für unsichere ökonomische Vorteile über Bord werfen sollen. Ein Dialog um jeden Preis sollte nicht gesucht werden. ami